

AKTUELL

COP27-BILANZ

Stillstand, Durchbruch

Raymond Klein

Die Bilanz des Klimagipfels in Ägypten ist durchwachsen. Was als Durchbruch gefeiert wurde, hinterlässt einen bitteren Nachgeschmack. Menschenrechte in Ägypten waren für die luxemburgische Regierung kein Thema.

„1,5 Grad am Leben halten“, das war erklärtes Ziel der Klimakonferenz in Glasgow vor einem Jahr gewesen, und auch in Sharm el Sheikh hielt man daran fest. Am Ende erklärten die meisten Länder, dies sei gelungen und hoben ihren Beitrag zu diesem Ergebnis hervor. Doch das Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius gegenüber dem Beginn der Industrialisierung zu begrenzen, ist unter wissenschaftlichen wie unter politischen Gesichtspunkten ambivalent (woxx 1710). Vor allem gilt: Indem Jahr um Jahr große Worte gemacht werden, denen keine Taten folgen, werden das Ziel und seine Symbolik nicht gerettet, sondern zugrunde gerichtet.

Geo- statt Klimapolitik

Die Enttäuschung zahlreicher Teilnehmer*innen ist verständlich, denn sowohl die neuesten wissenschaftlichen Berichte als auch die Erfahrung der klimabedingten Katastrophen des vergangenen Jahres zeigen, dass die Mitigation (Minderung) des Klimawandels dringend verstärkt werden müsste. Unverständlich ist dagegen, dass die Industriestaaten die Schuld für diesen Stillstand auf China und andere Schwellenländer abwälzen. Dabei war es Indien, das forderte, die Nutzung aller fossilen Energien – statt nur der Kohle – zurückzufahren. Die ägyptischen Verantwortlichen nahmen diese, offiziell von vielen Industriestaaten unterstützte Forderung nicht in die Erklärung von Sharm el Sheikh auf. Das lag aber weniger am Einfluss Chinas als an jenem der Golfstaaten und der fossilen Lobbys ... und arrangierte in Wirklichkeit USA und EU, die dabei sind, fossile Infrastrukturen als Ersatz für die russischen Importe auszubauen. Eine schnellere Senkung der CO₂-Emissionen von den Schwellenländern zu fordern, ohne selber Vorleistungen zu bringen, ist unglaublich.

Zu solchen Vorleistungen seitens der Industriestaaten hätte auch gehört, in Sachen Klimafinanz vorzupreschen: endlich die versprochenen 100 Milliarden Dollar für den Green Climate Fund auf den Tisch zu legen und einen neuen Fonds für Loss and Damage ins Leben zu rufen. Zwar beteuerten die USA und die EU ihre Dialogbereitschaft in Sachen Loss and Damage, versuchten aber, einen Fonds zu verhindern. Als die Verhandlungen zu platzen drohten, machte

die EU das „großzügige“ Angebot, in den Fonds einzuwilligen, mit der Vorgabe, auch die Schwellenländer müssten einzahlen, dürften aber nicht davon profitieren. Der Versuch, einen Keil zwischen Entwicklungs- und Schwellenländer zu treiben, fruchtete nicht: Laut Schlussdeklaration wird der Fonds von den Industriestaaten gespeist und steht allen anderen Ländern offen – mit einer vagen Priorisierung der am meisten betroffenen Staaten. Allerdings sind auch andere Finanzierungsmechanismen für Loss and Damage vorgesehen, was die ursprüngliche Idee eines Anspruchs auf Entschädigung aushöhlt. Ein solches „Mosaik der Lösungen“ könnte zu selektiven Entschädigungen nach Gutdünken der reichen Länder führen und der Geostatt der Klimapolitik dienen.

Die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen – zur Vermeidung von Schäden – wurde von dieser Diskussion in den Hintergrund gedrängt; die Forderung, die „adaptation finance“ zu verdoppeln, verschwand aus der Schlussdeklaration. Klar ist, dass unweigerlich von dem bereits unzureichenden Green Climate Fund ein ungenügender Anteil der Anpassung zugeführt wird. Um das zu ändern, müsste man, wie in unserem Edito erläutert (woxx 1709), die Finanzierung der Anpassung mit der Haftung für Loss and Damage verknüpfen. So aber wird der als Durchbruch gefeierte Beschluss wohl eher als Augenwischerei in die Geschichte eingehen.

Das offizielle Kommuniqué des luxemburgischen Umweltministeriums stellt die Dinge ein bisschen anders dar. Einerseits bedauert es die Stagnation bei der Mitigation und gibt den Schwellenländern dafür die Schuld. Andererseits wird der „Erfolg“ bei Loss and Damage als Folge des zweifelhaften EU-Vorstoßes ausgegeben. Wie wenig ernst es Luxemburg mit diesem Thema ist, erkennt man daran, dass die im Kommuniqué aufgezählten Beiträge für Entschädigung fast nur aus bereits beschlossenen Klimahilfen bestehen. Auffallend ist, dass das Kommuniqué der grünen Ministerin sich zu den Menschenrechten in Ägypten ausschweigt, ein Thema, auf das die woxx frühzeitig aufmerksam gemacht hatte. Joëlle Welfrings Haltung steht im Kontrast zu der ihres Kollegen François Bausch, der bei seinen Aufrüstungsprojekten regelmäßig auf die Wichtigkeit der Verteidigung von Rechten und Werten hinweist. Während der Chamberdebatte zur COP27 am Dienstag standen die Menschenrechte immerhin im Vordergrund und wurden unter anderem von der grünen Abgeordneten Jessie Thill thematisiert.

„Key outcomes“ des Gipfels: carbonbrief.org

SHORT NEWS

Drei Demonstrationen am Wochenende

(ja) – Am kommenden Wochenende finden gleich drei Demonstrationen in Luxemburg-Stadt statt. Themen sind Amazon, übermäßiger Konsum und das Klima. Am Freitag, dem 25. November, findet auf der Place Clairefontaine eine Protestkundgebung gegen den Internetriesen Amazon statt. Ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen will ihren Unmut darüber ausdrücken, dass das Unternehmen in Europa durch seinen Sitz in Luxemburg keine Steuern zahlt. Aus dem „Black Friday“, bei dem Amazon mit vielen Sonderangeboten das Weihnachtsgeschäft einläutet, soll der „Make Amazon Pay Day“ werden. Der Konzern solle seine unmenschlichen Arbeitsbedingungen in den Warenlagern beenden und für die starken Umweltauswirkungen seines Geschäfts zahlen, so die Forderung. Aus dem „Black Friday“ macht die Jugendorganisation Move den „Lucky Saturday“ und lädt am Samstag, dem 26. November gegen 11 Uhr zum „Roude Pétz“. Dort soll ein Zeichen gegen Massenkonsum gesetzt werden. Die Jugend des Mouvement écologique verspricht ein „sehr spezielles Glücksrad“ und die Präsenz des Wirtschaftsministers Franz Fayot (LSAP). Das Protestwochenende rundet am Samstagabend schließlich eine Demonstration von Youth for Climate ab, unter dem Motto „Wir haben keine Stimme mehr!“. Ab 18 Uhr wollen die Klimaaktivist*innen vom Hamilius aus zur Place Clairefontaine marschieren. Allerdings anders als gewohnt: Es handelt sich um eine stille Demo, ohne Slogans, Banner oder Fahnen. Die Aktivist*innen wollen den Ruf der „lärmenden Schulschwänzer*innen“ ablegen. Die Demo soll vor dem nahenden Wahljahr ein Zeichen dafür setzen, dass kaum noch Zeit bleibt, gegen die Klimakrise vorzugehen.

Dritte Option für Geschlechtseintrag

(ja) – Die Luxemburger Regierung will im ersten Trimester 2023 einen Gesetzesvorschlag für eine dritte Option des Geschlechtseintrages vorlegen. Das kündigte Justizministerin Sam Tanson (DÉI Gréng) am vergangenen Dienstag im Parlament an. Dem war eine erweiterte parlamentarische Anfrage des LSAP-Abgeordneten Dan Biancalana vorangegangen. Die Schaffung einer dritten Option war bereits im Koalitionsprogramm von 2018 vorgesehen. Damit soll es intersex und trans Menschen möglich sein, einen Geschlechtseintrag zu wählen, der nicht männlich oder weiblich ist. Das ist in Luxemburg aktuell noch nicht möglich: Zwar existiert die Möglichkeit, relativ leicht Namen und Geschlechtseintrag zu wechseln, jedoch nur innerhalb des binären Systems. Weltweit gibt es bereits verschiedenste „dritte Optionen“, die jedoch in einigen Fällen nur intersex Menschen offenstehen. Teilweise existiert die Möglichkeit, statt „M“ oder „W“ den Eintrag „X“ oder „neutral“ zu wählen. In Belgien ist derzeit die Streichung sämtlicher Geschlechtseinträge auf Identitätsdokumenten angedacht. Tanson gab im Parlament an, dass man sich in Luxemburg noch nicht auf eine Option geeinigt hätte. Eine interministerielle Arbeitsgruppe arbeite aktuell an den Details, so Tanson. LGBTIQA-Organisationen wie etwa Ilga Europe fordern Luxemburg seit Jahren auf, nicht-binäre Menschen gesetzlich anzuerkennen.

EU-Abgeordnete fordern Pass für Baby Sara

(is) – Der LGBTI Intergroup des Europäischen Parlaments, den Marc Angel (LSAP) co-präsidiert, sorgt sich um das staatenlose Baby Sara: Die EU-Abgeordneten brachten den Fall in der Plenarsitzung vom 23. November mittels mündlicher Fragen ins Gespräch. Anlass war unter anderem die bevorstehende Präsentation des „Equality Package 2023“ der EU-Kommission am 7. Dezember. Das Paket soll einen Punkt zur Regulierung und europaweiten Anerkennung gleichgeschlechtlicher Elternschaft enthalten. Warum das wichtig ist, zeigt Saras Geschichte. Das Kind wurde 2019 von einem britisch-bulgarischen Frauenpaar in Spanien geboren, wo beide auf der Geburtsurkunde rechtlich als Mütter gelten. Als die Frauen Reisedokumente für Sara beantragen wollten, stießen sie auf Hürden: Sie ist keine Spanierin, weil ihre Mütter nicht dort geboren sind, keine Britin, weil sie außerhalb Großbritanniens zur Welt kam und keine Bulgarin, weil der Staat ihre spanische Geburtsurkunde sowie die gleichgeschlechtliche Elternschaft nicht anerkennt. Das Paar ging gegen die Entscheidung des bulgarischen Staates vor, der Fall landete vor dem Europäischen Gerichtshof. Dieser gab den Müttern Recht und betonte 2021: Ein EU-Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit ein Kind besitzt, ist dazu verpflichtet, ihm ein Ausweisdokument auszustellen, auch wenn keine nationale Geburtsurkunde vorliegt. Der EU-Staat muss nach EU-Recht gewährleisten, dass sich das Kind frei mit seinen Eltern in der Europäischen Union bewegen und aufzuhalten kann. Die zuständige Hauptstadtgemeinde Sofia ging in Berufung, die letzte Anhörung fand diese Woche statt. Bis Ende des Jahres soll ein Urteil fallen.